

Vorlage Nr.: KT/252/2016

Anlagen

Az.:

Datum: 27.06.2016



Main-Tauber-Kreis.de

Betreff:

Nachnutzung Kloster Gerlachsheim

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreistag	13.07.2016	öffentlich

Beschlussantrag:

Hinsichtlich der Nachnutzung des Klosters Gerlachsheim nimmt der Kreistag von der Vereinbarung Kenntnis, welche Landrat Reinhard Frank, Bürgermeister Thomas Maertens sowie die Fraktionsvorsitzenden des Kreistages des Main-Tauber-Kreises und des Gemeinderates von Lauda-Königshofen getroffen haben, und stimmt dem weiteren Vorgehen zu.

1. Es wurde vereinbart, dass zeitnah ein wirtschaftlich tragfähiges Nachnutzungskonzept für das Kloster Gerlachsheim erarbeitet werden soll. Zu diesem Zweck wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern von Stadt, Kreis und Land eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe wird auch die Bürgerinitiativen aus Gerlachsheim im Rahmen ihrer Projektarbeit einbeziehen. Die Geschäftsführung für die Arbeitsgruppe übernimmt die Wirtschaftsförderung des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis unter der Leitung von Dezernent Jochen Müssig.
2. Vor diesem Hintergrund wurde vereinbart, dass das Kloster Gerlachsheim mindestens bis zum 1. Januar 2018 nicht mit Flüchtlingen belegt und bis dahin von der Unterbringungsplanung der Kreisverwaltung für Flüchtlinge ausgenommen wird.
3. Die Stadt Lauda-Königshofen erklärte sich bereit, neben der bestehenden Gemeinschaftsunterkunft in Gerlachsheim im ehemaligen Gasthaus Linde auch das ehemalige Schwesternwohnheim des Klosters bei Bedarf als Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge zu akzeptieren. Wenn es die Situation zulässt, kann das Schwesternwohnheim auch von der Stadt Lauda-Königshofen für die Kommunale Anschlussunterbringung von Flüchtlingen genutzt werden.

4. Darüber hinaus wird sich die Stadt durch einen Gemeinderatsbeschluss verpflichten, ihren quotalen Anteil an der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis in anderen geeigneten Liegenschaften zu gewährleisten. Entsprechend der Gemeindegröße würde dies zum jetzigen Zeitpunkt einer Kapazität von 335 Plätzen für die vorläufige Unterbringung im Stadtgebiet entsprechen. Zielsetzung ist darüber hinaus, mittelfristig die Standorte von Wohncontainern im Stadtgebiet von Lauda-Königshofen durch feste Unterkünfte abzulösen.
5. Für die Erstellung von Gutachten bzw. Nutzungsanalysen werden im Kreishaushalt 2017 im Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung sowie im Haushalt der Stadt Lauda-Königshofen in einem angemessenen Umfang Mittel bereitgestellt.

Der Vorsitzende des Kreistages

Landrat Reinhard Frank

1. Sachverhalt:

In einer Informationsveranstaltung am 23. März in Lauda-Königshofen hatte Landrat Reinhard Frank angekündigt, dass das Kloster Gerlachsheim nach dem Auszug des Seniorenzentrums im kommenden Herbst zunächst zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden soll, ehe dann eine dauerhafte Nachfolgenutzung festgelegt wird. Anschließend haben sich viele Bürger aus Lauda-Königshofen und insbesondere aus dem Stadtteil Gerlachsheim zu Wort gemeldet. Ihre Anliegen und Sorgen sollten im weiteren Verfahren berücksichtigt werden.

Daher fand auf Einladung von Landrat Reinhard Frank am Mittwoch, 22. Juni 2016, im Landratsamt Main-Tauber-Kreis in Tauberbischofsheim ein Gespräch zur Zukunft des Klosters Gerlachsheim statt. Daran nahmen die Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderates von Lauda-Königshofen und des Kreistags, die Gerlachsheimer Bürgerinitiativen sowie Bürgermeister Thomas Maertens und Landrat Reinhard Frank teil.

In den drei Monaten zwischen der Informationsveranstaltung vom 23. März und dem Gespräch am 22. Juni hat sich die Situation bei der Flüchtlingsunterbringung vollkommen verändert. Während beispielsweise im Januar noch 211 Flüchtlinge im Main-Tauber-Kreis aufgenommen werden mussten, waren es im Juni nur elf. Gleichzeitig durften viele Flüchtlinge die Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis verlassen. Aus diesem Grund reichen die aktuell vorhandenen Kapazitäten an vorläufigen Unterkünften mit rund 1900 Plätzen im Kreis derzeit aus und müssen zum jetzigen Zeitpunkt keine neuen mehr geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund konnte in dem Gespräch am 22. Juni die im Beschlussvorschlag getroffene Vereinbarung festgehalten werden.